

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 127.

Montag, den 3. Juni 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Die Not der chinesischen Republik.

Die letzten Wochen war es still um die jüngste Republik geworden. Die ausführlichen, von mehr oder weniger Sympathie oder nicht übelwollender Neutralität diktierten Berichte der europäischen und amerikanischen Presse hatten sich über Nacht in kurzzeitige, nichtsagende Elegien umgewandelt. Diese schiefe Wandlung als auch die Wortkargheit unserer sonst so geprächigen bürgerlichen Organe waren zu auffallend, als daß sie nicht düstern Vermutungen Nahrung gegeben hätten. War das junge Leben des asiatischen Freistaates bedroht? oder gleich das chinesische Volk jenem Rinde, das, obwohl es kaum auf eigenen Beinen stehen kann, hastig zu laufen beginnt, weil die großen Rinder laufen?

Die Frage von der Lebensfähigkeit der chinesischen Republik ist vorderhand eine Finanzfrage. Gelingt es der Regierung, zum mindesten die für die Fundierung des neuen Regimes nötigen Mittel flüssig zu machen, so ist in diesem Augenblick das drohendste Hindernis beseitigt.

Für die allerdingendste Notwendigkeit sind Summen von einer Höhe nötig, für die in der Geschichte aller Staaten ein Beispiel schwerlich zu finden ist.

Die Jungchinesen erstreben nichts weniger als ein Staatswesen wie die nordamerikanische Republik. Auch wenn sie noch viel Wasser in ihren republikanischen Wein tun, wenn sie, der Not gehorchend, ihre Wünsche beträchtlich reduzieren und sich mit einer beschränkten Demokratie zufriedengeben, so werden sich ihrer Einführung noch ungeheure Schwierigkeiten bieten, Schwierigkeiten, von denen vorerst nur die physischen oder technischen mit größerer Deutlichkeit sichtbar werden, die aber schließlich noch unter die gefährlichen rangieren.

Ein demokratisches Staatswesen bedingt Parteien, Programme, Zeitungen und Versammlungen, die geschaffen, entwickelt, den Volksmassen zugänglich gemacht werden müssen. Das ist ohne billige und ausgebaute Kommunikationsmittel nicht denkbar. Diese sind um so unerläßlicher, je größer das Land ist. Wie würde es mit der Existenz oder Wirksamkeit eines demokratischen Staatswesens, sagen wir von der Größe Deutschlands, bestellt sein, wenn ihm Bahnen, Telegraph, Telephon und Zeitungen fehlten? Und China ist zwanzigmal größer und hat sechsmal mehr Einwohner als das Deutsche Reich. Zudem hat das stark bevölkerte Riesengebiet Asiens nicht mehr Eisenbahnen als Elsaß-Lothringen, besitzt bloß 45 000 Kilometer Telegraph und nur zwischen einer beschränkten Anzahl von Städten eine zuverlässige Postverbindung. Diese Mängel lassen sich weder von dem staatsmännischen Geschick eines Sunschikan — dessen Ergebnisse für die demokratische Sache übrigens erst noch bewiesen werden muß —, noch von dem republikanischen Enthusiasmus der Sunyatsens überwinden. Die hemmende Wirkung dieser Nachteile würden noch kaum geschwächt weiter bestehen, selbst wenn die sonstigen Verhältnisse Chinas nicht unentwickelter, nicht rückständiger wären, als die der europäischen Freistaaten. Daß sie nahezu ausschließlich eine vormittelalterliche Beschaffenheit haben, ist männiglich bekannt. Ein Vergleich der sonstigen Verhältnisse der jüngsten Republik mit denen ihrer älteren Schwester lehrt erst eigentlich die ganze Größe der Aufgabe, die zu lösen der chinesischen Demokratie zufällt. Um nur ein Beispiel zu nennen: Man betrachte bloß die geistige Beschaffenheit der Bevölkerung des Reiches der Mitte. Sie steckt noch im krassesten Aberglauben, besteht nachgerade ganz aus Analphabeten, Volksschulunterricht ist praktisch unbekannt, Schulen müssen erst noch gebaut und Lehrkräfte noch geboren werden. Woher die Mittel für die Schulbauten und Organisation des Unterrichts, und woher die Lehrkräfte nehmen? Angenommen, das heutige Deutschland sei seiner Unterrichtsanstalten vollständig entböhrt und sollte für seine vier Millionen Schulkinder Schulen, Lehrmittel und Lehrer beschaffen. Welche Summe von Arbeit, Geld und Zeit wäre da nicht nötig. Wenn die Lösung einer solchen Aufgabe dem im Verhältnis zu China räumlich beschränkten und mit erschlossenen Hilfsmitteln gut versehenen Deutschland schon sehr schwer werden würde, wie unendlich schwieriger ist sie für das größere, arme, 35 Millionen Schulkinder besitzende China!

Die Beispiele brauchen nicht vermehrt zu werden, um die Schwierigkeit und Größe der Aufgaben darzutun, die der Lösung durch die chinesische Demokratie harrten. Gewiß fehlt dieser bei allem Optimismus für das Gelingen ihrer Sache nicht der kühle Blick für die harte Realität, noch läßt sie es an Entschlossenheit und Anstrengung mangeln, die wahrhaft herkulische Arbeit zu vollbringen. Eine große Anzahl Fragen erheischen schnelle Erledigung. Dringend

notwendig ist die Auflösung der Nordarmee, die Südararmee muß unbedingt reorganisiert werden, unausschießbar ist die Auszahlung des seit langem fälligen Soldes der Soldaten, wenn nicht noch weitere und ausgedehntere Meutereien als die kürzlich in Peking entstehen sollen. Dann muß das Münzwesen gründlich umgestaltet und noch andere Aufgaben ohne Zeitverlust erledigt werden, von den großen Reformen ganz zu schweigen. Aber selbst die kleineren Reformen lassen sich ohne die finanzielle Hilfe des ausländischen Kapitals und ohne die moralische Unterstützung der Demokratie der westlichen Welt nicht durchführen, denn die öffentlichen Kassen sind vollständig leer. Um wenigstens die Mittel für die Erfüllung der notwendigsten Aufgaben zu beschaffen, beabsichtigt die chinesische Regierung, im Auslande eine Anleihe von 1200 Millionen Mark aufzunehmen. Von dem Erfolg dieser Anleihe hängt die ruhige Entwicklung der jungen Republik, wenn nicht ihre Existenz überhaupt ab. Im letzten Stadium der Unterhandlungen drohen sie an dem Widerstande Rußlands und Japans zu scheitern. Die Notlage der chinesischen Regierung hat die Raub- und Machtgelüste dieser beiden Staaten entfacht. Sie stellen Forderungen, welche die chinesische Regierung niemals erfüllen kann, wenn sie sich nicht selbst die seidene Schnur drehen will.

Seit Jahren wird die Finanzierung Chinas von einem aus deutschen, britischen, französischen und amerikanischen Banken gebildeten Konsortium besorgt. Die Errichtung der Republik bedeutete für Rußland und Japan die günstige Gelegenheit für die Realisierung ihrer längst gehegten Wünsche auf Erhöhung ihres Einflusses und Ausdehnung ihrer Gebiete auf Kosten Chinas und hieß sie, den Eintritt in das Konsortium erzwingen. Obwohl diese beiden Staaten nur einen minimalen Teil der Anleihe zu zeichnen gewillt und in der Lage sind, glauben sie doch berechtigt zu sein, maßlose, nein unverhältnismäßige Forderungen stellen zu können, Forderungen, die unter den obwaltenden Umständen nur als gemeine Erpressung charakterisiert werden müssen. Unter anderm verlangen sie die Auflösung der Südararmee, das ist die Armee, die die Republik erkämpfte, dann daß die Auflösung unter der Kontrolle der ausländischen Militärattachés zu geschehen habe, und daß die Waffen einer aus chinesischen und fremden Offizieren bestehenden Kommission abzuliefern seien. Weiter fordern Rußland und Japan, daß die Anleihe nicht zur Erhöhung der maritimen und Landstreitkräfte Chinas verwendet wird und daß ihnen in der Mandchurei und Mongolei freie Hand gelassen wird.

Der Zweck dieser Forderungen ist zu durchsichtig, als daß es noch weitere Worte der Erläuterung bedürfte. Die Regierung der jungen Republik hat nichts gegen eine rein finanzielle Kontrolle durch die Anleihestaaten einzuwenden, auch ist sie zur Gewährung von mehr Konzessionen bereit, als es die absolute Notwendigkeit und das Interesse des Landes geboten erscheinen lassen mögen. Aber die Forderungen Rußlands und Japans darf, kann und will sie nicht erfüllen, weil sie mit Recht befürchtet, daß durch ein Nachgeben Meuterei und Bürgerkrieg heraufbeschworen und das Land in ein Abhängigkeitsverhältnis gebracht wird, das im besten Fall dem Indiens gleicht. So ist die chinesische Regierung momentan in einer äußerst kritischen Lage. Am 15. Mai traten die Vertreter der Banken in London zusammen, und es wird sich bald zeigen, inwieweit die Erpressungspolitik Rußlands und Japans die Verhandlungen über die Anleihe beeinflusst. In Peking scheint man den kommenden Tagen mit großer Besorgnis entgegenzusehen. Der Ernst der Situation hat die Regierung bestimmt, in einem vorsichtig abgefaßten, aber doch deutlich genug redenden Schreiben den Beistand Englands anzurufen:

„Die Finanzen Chinas erfordern eine gründliche Reorganisation, und sie sind der Gegenstand angelegentlichster Aufmerksamkeit im gegenwärtigen kritischen Moment. Es wird das Bestreben der Regierung sein, das Vertrauen der ausländischen Geldgeber zu gewinnen durch eine tiefgreifende Reformierung der Verwaltung, insonderheit in bezug auf Einnahmen und Ausgaben und auf die Verwendung von ausländischen Fachleuten. Die Stellung der Regierung den fremden Mächten gegenüber wird durch Offenheit und Redlichkeit charakterisiert, und der Grundton unserer Außenpolitik wird Mäßigung und Bereitwilligkeit (Promptitude) bei der Regelung der schwebenden Fragen und die Etablierung der Harmonie und des Friedens mit allen Nationen sein. Britanniens Stellungnahme ist uns stets freundlich gewesen, und wir appellieren an die britische Öffentlichkeit, der neuen Regierung Sympathie und Geduld entgegenzubringen.“

Das Schreiben trägt das Siegel des Premierministers Tangschaoqi, und wird dadurch zur offiziellen Erklärung der chinesischen Regierung. Der geringe Widerhall, den

es bis jetzt in den bürgerlichen Organen Englands und des Kontinents erweckt hat — es wurde am 13. Mai in der „Daily News“ veröffentlicht —, zeigt, daß dort nicht viel Sympathie oder tätige Freundschaft für die chinesische Republik vorhanden ist, wo deren Regierung annimmt, daß sie am stärksten sei.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

### Die Jungliberalen gegen Herrn Fuhrmann.

In der Frankfurter Wochenschrift „Mainbrücke“ wird von jungliberaler Seite erklärt, die „Unternehmer“ des Reichsverbandes der Alt-Nationalliberalen hätten eine höchst verwerfliche Hinterhältigkeit und Treulosigkeit mit ihrer Gründung begangen; und diesen Sonderbündlern müsse gründlich heimgeleuchtet werden.

### Die Reichseinnahmen im Jahre 1911.

Im „Reichsanzeiger“ wird eine berichtigte Übersicht der Einnahmen an Zöllen, Steuern und Gebühren für das Rechnungsjahr 1911 veröffentlicht. Sie weicht von der Ende April gegebenen vorläufigen Übersicht wesentlich ab. Die Gesamteinnahme aus den beregneten Quellen hat 1675,8 Millionen Mk. betragen, d. i. noch 23,5 Millionen Mark mehr, als man nach den vorläufigen Berechnungen angenommen hatte. Im Etat war die Einnahme auf 1482,7 Millionen Mark veranschlagt, jedoch der Überschuß über den Anschlag 193,1 Mill. Mk. beträgt. Rechnet man dazu die Mehreinnahme aus der Reichspostverwaltung und der Reichseisenbahnverwaltung mit etwa 34 Mill. Mk., so ergibt sich, daß das Reich rund 227 Mill. Mk. mehr vereinnahmt hat, als der Etat angenommen hatte.

Mehrere Einnahmen haben gebracht: Die Zölle 95,3 Mill. Mk., Zigarettensteuer 4,9, Zuckersteuer 18,2, Branntweinverbrauchsabgabe 30,4, Leuchtmittelsteuer 3,4, Zündwarensteuer 2,7, Brausteuer 4,7, Börsensteuer 16, Raufftempel 8,7, Lotteriesteuer 1,9, Frachtturkudentempel 2,8, Personensfahrkartensteuer 2,7, Tantiemesteuer 1,5, Erbschaftsteuer 5,9 Millionen Mark. — Einen Ausfall gegenüber dem Etatsanschlag haben erlitten die Tabaksteuer um 3,1, der Grundstücksübertragungsstempel um 2,4, die Zuwachssteuer um 2,1 und der Scheckstempel um 0,6 Millionen Mark.

### „Anarchistenjache“.

Die Verammlung der „anarchistischen Föderation“, die in den Pfingsttagen in Berlin stattfand, gibt einem bürgerlichen Zeitungsmann Veranlassung, über die gerichtliche und polizeiliche Behandlung der Anarchisten zu plaudern; man erfährt daraus zwar nicht viel Neues, aber es ist immer gut, von Zeit zu Zeit einen Blick in die polizeilichen und geistigen Werkstätten zu tun:

„Die Fäden der Polizei laufen unsichtbar nach allen Richtungen und über die Grenze weit hinaus zu jenen Orten des Auslandes, wo deutsche politische Flüchtlinge die Verbindung mit den Gesinnungsgenossen in der Heimat aufrechterhalten. Alle Fäden aber laufen wohlgeordnet zusammen in der XII. Abteilung des Polizeipräsidiums am Alexanderplatz zu Berlin.“

Der Vorsteher der Exekutive dieser politischen Abteilung ist ein „sozialer Beamter“, der jederzeit gerne Auskunft erteilt, soweit man nicht gerade Amtsgeheimnisse erfahren will. „Wir von der Polizei“, so meinte der Polizeirat, „sind keine Gelehrten und keine Literaten. Wir betrachten den Anarchismus nicht als wissenschaftliches Problem, wir unterscheiden nicht zwischen den Salonanarchisten und den Bombenfabrikanten, sondern wir behandeln jede anarchische Regung in Wort, Schrift und Tat gleichmäßig als Anarchistenjache!“ — „Aber Sie wenden doch eine verschiedene Taktik je nach der Gefährlichkeit der Person an, Herr Polizeirat?“ — „Die Taktik richtet sich zunächst nur nach dem verletzten Gesetzesparagrafen, also z. B. Beleidigung, Aufreizung, Hochverrat, Sprengstoffgesetz. Aber natürlich ändern sich die allgemeinen Maßnahmen der Beobachtung und Verfolgung je nach der Haltung der anarchistischen Organisation und Propaganda.“ — „Die Maßnahmen sind wohl in den letzten Jahren etwas milder geworden, weil man glaubt, die deutschen Anarchisten ihren internen Streitigkeiten überlassen zu können, durch die ihre Werkkraft ohnehin sehr gemindert wird?“ — „Wir werden uns hüten, unsere Absichten und Maßnahmen bekannt zu geben. Die Herren Anarchisten würden sich sofort danach einrichten.“

Die besondere Behandlung der „Anarchistenjache“ findet sich auch in der Justiz wieder. Der Berliner Rechtsanwalt, Justizrat Dr. Richard Vieber, der Duzende von Anarchisten verteidigt hat, gibt darüber folgende Aufschlüsse: „Seit mehreren Jahren bezeichnet





Volkversammlung

am Dienstag, 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Gewerkschaftshauses, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Rüstungspolitik, Junkerregiment und Staatsstreichgelüste.

Referent: Preußischer Landtagsabgeordneter Robert Leinert, Hannover.

Freie Aussprache. — Die Bevölkerung Lübecks wird ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen, um Protest einzulegen: Gegen das Betrüben, gegen das Junker- und Böttcherregiment im preussischen Abgeordnetenhaus und gegen die in Straßburg zum Ausdruck gebrachten selbstherrlichen Wünsche Wilhelms II. Erscheint in Massen! Keiner darf fehlen!

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.

Im Auftrage: Paul Löwig, Johannisstraße 46.

(768)

Lübecker Gaskoks.

Komitee- und Kommissionsitzungen
Arbeiter-Radf.-Verein Lübeck
Komitee-Sitzung am Mittwoch, den 5. Juni, abends 8 1/2 Uhr bei Mohr, Hundestraße. (820)

Für die Geschenke und Gratulationen anlässlich unserer silbernen Hochzeit...
Heinr. Spindler und Frau, geb. Behrens.
Vorwerk, den 31. Mai 1912. (819)

Ein fast neues Damenrad billig zu verkaufen (828)
Heinrichstraße 36, II.
Ghartoffeln zu verkaufen (821)
Glode mit Reifen zu verkaufen (818)
Vereinigte Butterhändler von Lübeck und Umgeg.
Allerfeinste Meiereibutter kostet Pfd. 1.35 Mk. (822)

Wir empfehlen als gute Unterhaltungslektüre:
Ch. Dickens ausgewählte Werke
2 Bände, elegant gebunden Mk. 3.—
Fritz Reuters Werke
in 2 Bänden, elegant gebunden Mk. 3.—
Der Ratgeber für das praktische Leben.
Elegant gebunden Mk. 2.75
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46.

Neue Subskriptions = Eröffnung
Unsere Abonnenten erhalten ein weltberühmtes Buch für nur 25 Pfennig
Carl Hagenbeck Von Tieren und Menschen
„Ein Volksbuch im besten Sinne“
80000 Exemplare bereits verkauft
Das Werk ist auch in einem Bande zum Preise von M. 6.— zu beziehen von der Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Lübeck.

Die Buchhandlung Heinrichstr. 38 empfiehlt besonders schöne neue Sommerfang-Perlinge, Salz- und Stomeneringe, Salzgurken usw. E. Lütgens.
Konzerthaus Zauberflöte. Neue Kapelle.
Ungarische Damen-Kapelle Gora
6 Damen, 1 Herr. (774)
Eintritt frei!!!
Konzert von 7 1/2 bis 1 Uhr.
Sonntags Anfang 4 Uhr.

HANSA THEATER
Tel. 610, Dr. Reinh. Gollbach, Tel. 610
16. Juni kurzes Gastspiel des Intimen Theaters aus Hamburg.
Ramsnit, ägypt. Operette. In Hamburg 60 mal vor ausverkauftem Hause gespielt.
Der Herr mit der grünen Krawatte. Eisenbahnrotische in 1 Akt. In Hamburg 100 mal, in Berlin, Bremen, München 20 mal mit kolossalem Erfolge gespielt.
„Steidichein“. Biedermeierduett. Gretel Mayhof, Brettbliva. Hans Lederer, Chansonier. Grete Kerry, Vortragskünstlerin. Mie Perro, Sourette. Daisy & Pablo, Charaktertänzer. Anfang 8 1/2 Uhr. Ende ca. 11 Uhr. Gewöhnliche Preise. (827)

Nur bis 10. Juni — unwiderruflich.
Sarrasani
Burgfeld.
Telephon 9076.
Montag, den 3. Juni, 7 1/2 Uhr: Parade - Abend.
Dienstag, den 4. Juni, 7 1/2 Uhr: Parforce-Vorstellung.
Mittwoch, den 5. Juni, 3 Uhr und 7 1/2 Uhr: 2 Elite-Vorstellungen 2
Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen, Militärs bis zum Feldwebelgrade auf allen Sitzplätzen halbe Preise.
Vorverkauf an der Circuskasse und — nur für abends — bei Röhrich, Holstenstraße 2. (822)







